Heute „Sport-Spiegel“

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Goldpfennig.

Erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: **„Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus Hof Garten“.** Bezugspreis: wöchentlich 1,25 Goldmark einschließlich Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 Goldmark monatlich exklusive Zustellung, Ausland ausschließlich Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Italien, Luxemburg, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46–49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440–2255, für den Fernverkehr 4207–4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 824. Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1 Goldmark. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 14; Schöneberg: Hauptstraße 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 444
Ausgabe für Berlin

53. Jahrgang
Donnerstag, 18. September 1924

Der Londoner Vorvertrag.

Seine Bedeutung — seine Aussichten.

Von unserem Korrespondenten
Paul Scheffer.

Moskau, im September.

Diplomatie und Presse verhalten sich im ganzen so, als ob die Zwillingsabkommen, die in London soeben geschlossen worden sind: Dawes-Regelung und der paraphierte Entwurf zu einem englisch-russischen Vertrage, nichts miteinander zu tun hätten. In ihren praktischen Wirkungen werden sie einander jedenfalls begegnen. Verzeichnen wir sogleich, daß Moskau bisher diese Wirkungen nicht optimistisch beurteilt hat. Durch das Dawes-Abkommen glaubt man Deutschland derartig in Abhängigkeit von den Westmächten und dem einzigen noch entschieden sowjetfeindlichen Land, Amerika, daß mit seiner Teilnahme an einer Einheitsfront gegen Rußland gerechnet wird. Die Möglichkeit, daß sie sich bilden könnte, beunruhigt die Moskauer Phantasie, ohne daß die tieferen Gründe für diese Befürchtungen an die Oberfläche kämen. Vielleicht hat man keine tatsächlichen Gründe, und man schließt nur aus Symptomen. Die Rolle, die man Deutschland, so eilig und im voraus, für einen solchen Fall zuweist, zeigt aber unter allen Umständen den Grad der Unsicherheit über die weitere außenpolitische Zukunft und eine Auflockerung der bisher maßgebenden Gesichtspunkte. Dieser Zustand des Zweifelns ist begreiflich, wenn auch nicht immer die Form erwünscht ist, in der er sich Luft macht.

Die Lage der Sowjetdiplomatie, angesichts der Paraphierung des Londoner Abkommens, ist in der Tat nicht beneidenswert. Als Rakowski im Juli, auf zwei Tage, hierherkam, schlug er vor, sofort einen Rahmenvertrag mit England abzuschließen, um vor Auseinandergehen des Parlamentes eine definitive Basis für den weiteren Ausbau der Schuldenregelung und der Kreditgewährung zu schaffen. Auf die Billigung dieses Entwurfes durch das Parlament hat die russische Regierung verzichten müssen, allerdings MacDonald auch. Was der Welt zur Schau gestellt worden ist, ist ein Bruchstück. Der Vertrag wird überdies an zwei Enden in der Schwebe gehalten: das eine die ausstehende Zustimmung durch das Parlament, das andere die 50prozentige Zustimmung der Gläubiger, die die Zusagen der englischen Regierung bezüglich Kredite erst effektiv macht. Und dann bleibt immer noch das gleiche große X, an das auch der Staatsvertrag mit Deutschland geknüpft ist: die Bereitwilligkeit der großen — und der kleinen, hier kleinbürgerlich genannten Geldgeber. Werden sie alle zu geben bereit sein? Dies Problem ist auch uns nicht unbekannt. Wird der Besitz der Welt die Politik der Regierungen unterstützen? Er ist darin souverän. Er ist darin souverän geblieben, während in allen Ländern, außer Rußland, die Souveränität des Staates leise, aber deutliche Abstriche seit dem Krieg, in der Folge des Krieges erfahren hat.

Nehmen wir an, das Geld, der Kreditwille Englands für Rußland findet sich bereit — und wir werden sehen, daß das wahrscheinlich ist — so werden nicht nur außenpolitisch, sondern auch im ganzen inneren Leben Sowjetrußlands die Folgen tief einschneiden. Dieser Staat ist kommunistisch gesonnen; der Pfeil seiner inneren Politik, wirtschaftlich und sozial, geht noch in derselben Richtung, an deren Ziel man 1919/20 schon fast angekommen zu sein glaubte. Wir haben seit dem vorigen Herbst, deutlich vor uns ansteigend, ohne Abschwächung, eine Verschärfung der staatssozialistischen Tendenzen, mit der Spitze gegen Privatinitiative und Privatbesitz, mit Bekämpfung der Bürgerlichen auf allen Gebieten. Wir beobachten täglich eine allgemeine Forcierung seiner Umschichtung ins Proletarische. Die akute Revolution ist erloschen, die chronische schwelt fort, wie das Feuer in einem Kohlenmeiler. Die logische und die praktische Folge davon ist gesteigerte Ablehnung fremden Kapitalwesens in Rußland, des Fremden überhaupt.

Aber zugleich ist die Kapitalnot gestiegen. Darüber ist gar kein Zweifel. Die Räder der Wirtschaft greifen nur lose ineinander. Der ganze Motor bedarf des Anstoßes, um über den toten Punkt zu kommen. Auch heute ist der Gedanke nicht aufgegeben, daß Rußland selbst allmählich die Kräfte sammeln kann, um ihn in normale Geschwindigkeit oder überhaupt in Gang zu setzen. Aber nach diesem Sommer werden auch die Optimisten hier zugeben, daß das noch schwerer ist, als es schien, als man in die Verhandlungen mit England hineinging. Es haben sich also zwei Tendenzen entwickeln müssen, die beide ihr Recht fordern und die einander widersprechen. Jene durchgreifende Förderung des kommunistischen Staatsprinzips, die unerläßlich ist für das Bestehen dieser Regierungsform, und durch die englischen Verhandlungen die weitgehende Anlehnung an das bürgerliche Kapital, dessen Hilfe über die weiterwuchernde Defizitwirtschaft allein forthelfen kann, wenn man überhaupt in absehbarer Zeit mit dem Fortschritt der Wirtschaft rechnen will.

Die Lage wäre einfach, wenn sich „einfache“ Kredite beschaffen ließen, für die feste Verzinsung zu zahlen wäre. Von diesem Geld ließe sich auch vom rein kommunistischen Standpunkt sagen: „non olet“ — nämlich die bürgerliche Herkunft. Bares Geld wird es ja auch zu einem Teil geben, hauptsächlich für die Abfindung der alten Gläubiger. Die Warenkredite, die England als Stimulans für seine Industrie haben will, sind auch noch von Sowjetrußland nutzbar, ohne fühlbare Stärkung des privatwirtschaftlichen Geistes auf dem kommunistischen Boden.

Wenn England anstatt der abgeklapperten Webstühle neue liefert, dem ganzen verfallenden Maschinenpark des Proletariats aufhilft, selbst wenn es die Entsetzlichkeit der Moskauer Wohnungsverhältnisse durch Baugelder mildert, so reißt das alles noch keine Löcher in das „System“. Im Handelsvertrag sind eher schon „Lücken“ zu finden, durch die fremde Initiative eindringen könnte — in den Schiffahrtsbestimmungen, besonders in bezug auf die Cabotage. Aber im ganzen und formal genommen hat in den Verträgen der Sowjetstandpunkt sich neben dem bürgerlichen behauptet; die Anerkennung des Außenhandelsmonopols durch England ungefähr in der Form der Handhabung, wie sie mit Deutschland durch das Protokoll, das den Konflikt beilegte, festgesetzt wurde, hätten wenige noch vor sechs Monaten für möglich gehalten. Die City betrachtet aber den Vertrag weniger als Basis, wie als Sprungbrett. Sie vertraut der Logik des Geldes. Sie ist überzeugt, daß der, der Geld hat, immer auf die Dauer stärker ist als der, dem es mangelt. Gegen Staatstheorien und die Politik, die ein soziales Macht- und Kulturziel hat, fühlt sich die City überlegen, weil sie die Anpassung jeder Macht an die Macht des Geldes für unweigerlich hält. Das Ziel sind nicht Kredite, sondern Objekte. Was sich jetzt abspielt, was der Inhalt der russisch-englischen Geschäftsbeziehungen seit Urquharts Tagen war, ist immer dieser Kampf gewesen: Für Kredite wollte England Sachwerte haben, und Sowjetrußland wollte Zinsen geben und unter allen Vorsichtsmaßregeln handeln, aber den eigenen Boden „rein“ halten. Es wollte keine Enklaven feindlicher Wirtschaftsformen zulassen, die langsam zusammenwachsen und das kommunistische Wesen „transsubstantiieren“ könnten. Selbst die Abkehr von den „gemischten Gesellschaften“, die Zuwendung zu den „neutralen Konsignationslagern“, steht in diesem Zusammenhang. Wenn die City Kredite gibt, Warenexporte finanziert, die großen Konzerne sich dem anschließen, so kann das immer nur ein Ausdruck dafür sein, daß sie an ein Eindringen und Durchdringen der russischen Wirtschaft selbst glauben, an die Gewinnung „produktiver Pfänder“ für diesen „good will“, und der endgültige Abschluß des Vertrages wird ebensogut eine Kampfansage der City sein, wie eine „Annäherung“ der Staaten. Von den Plänen, die die City bewegt, gibt die Wolgakonzession einen Begriff. Es handelt sich um eine Verpachtung der Wolgaschiffahrt, mit vielen Gerechtsamen, die mit dieser Ver-

Rußland und der Völkerbund.

Die Solidarität der deutsch-russischen Einstellung.

Die kommende Annäherung. — Kein Eintritt, aber Beobachtung. Die Einmischung in die Angelegenheiten Georgiens.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Moskau, 17. September.

Die Verhandlungen der Völkerbundsversammlung werden hier mit größerer Aufmerksamkeit, als das sonst der Fall ist, verfolgt. Das geschieht im Hinblick auf die kommende Annäherung Sowjetrußlands an Genf, die mit der Gesamttendenz der Sowjetdiplomatie, die Beziehungen mit den Regierungen anderer Staaten auszubauen, in natürlichem Zusammenhang steht. Daß sich an der ablehnenden Haltung Sowjetrußlands gegenüber dem Eintritt in den Völkerbund in absehbarer Zeit etwas ändern kann, wird hier nicht in Aussicht gestellt. Aber nur der nach Ermordung des Sowjetdelegierten zur Lausanner Konferenz entstandene Konflikt mit der Schweiz scheint die Entsendung eines Beobachters zu verhindern. In der Reihe der Probleme, in denen eine Fühlungnahme zwischen Deutschland und Rußland naheliegt, ist das Verhalten zum Völkerbund ein wichtiger Punkt. Das wird hier offen ausgesprochen. Es ist, bevor der Konflikt vom 3. Mai jedes andere Interesse zwischen den beiden Ländern zu verschlucken schien, bereits darüber Fühlung aufgenommen. Natürlich ist es kein Wunder, daß nach dieser diplomatischen Quarantäne manches ins Stocken geraten ist. Aber gewiß wäre es ein schwerer Fehler, wenn nicht vor irgendwelchen Schritten eine Aussprache zwischen beiden Mächten erfolgte, an deren Haltung schließlich das weitere Schicksal des Völkerbundes hängt.

Die von Frankreich, Belgien und England ausgehende Einmischung in die georgischen Angelegenheiten hat in diesem Augenblick so ungünstig gewirkt, daß man sich fragen muß, ob dieses Mißbrauchen des Völkerbundes für die Zwecke dieser Länder oder bestimmter Parteigruppen in ihnen nicht geradezu bestimmt ist, die Annäherung Rußlands an den Völkerbund zu verhindern. Man bedenke, daß hier die Ueberzeugung herrscht, daß der Aufstand in Georgien mit ausländischer Hilfe erfolgt ist, ohne sie überhaupt nicht denkbar erscheint. Der Zeitpunkt der Erhebung unmittelbar vor der Völkerbundstagung spricht dafür, die Aussagen gefangener Führer legen diese Lesart nahe, schwere Brände im Naphthagebiet Bakus, die an mehreren Stellen gleichzeitig ausbrachen, scheinen ebenfalls bestimmt, den Eindruck zu erwecken, daß das ganze Gebiet der ehemaligen menschewistischen Republiken in Aufruhr ist. Tatsächlich ist der Aufstand ohne viel Mühe niedergeschlagen. Es spielt auch der Eindruck mit, den die Reise des Führers der zweiten Internationale, des Belgiers Vandervelde, nach den Balkanländern machen muß, in der hier ein Wiederaufleben interventionistischer Stimmungen erblickt wird. Auf Grund solcher Stimmungen wird hier das Auftreten des Völkerbundes überhaupt gedeutet und die Einmischung in die Vorgänge in Georgien, wie diese selbst, als unerhörte Herausforderung bezeichnet. Es ist in der Tat schwierig, das Zusammenfallen des Aufstandes in Georgien, der von vornherein nur Demonstrationswert haben konnte, mit Völkerbundstagung, die im Zeichen „menschewistischer Premiers“ stand, für rein zufällig zu halten. Mit dem Friedenszweck des Völkerbundes, so wird hier ausgeführt, haben diese Machenschaften „pazifistischer Strömungen Westeuropas“ jedenfalls nichts zu tun. Nach Annahme des Dawes-Berichtes liegt für Deutschland ein größeres und positiveres Interesse am Völkerbund nahe; eine Empfehlung bildet solche Einmischung des Völkerbundes in innere Angelegenheiten Sowjetrußlands nicht, gleichgültig, wie weit diese Einmischung geht, und wie es zu ihr gekommen ist. Im ersten Augenblick scheint man hier an den Abbruch aller Verhandlungen mit den Mächten gedacht zu haben, von denen dieser Schritt ausgegangen ist. Die Antwort wird jedenfalls bald erfolgen und sehr entschieden sein.

Erklärungen Beneschs in Genf.

Die Abrüstungsfrage.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 17. September.

Nach Schluß der heutigen Nachmittagssitzung der vierten Unterkommission der Abrüstungskommission machte Benesch den Pressevertretern Mitteilungen über den Stand der Arbeiten, aus denen folgendes hervorgeht: Die Kommission ging bei ihren Arbeiten von den Ergebnissen der bisherigen Debatte über die Frage des Schiedsgerichts, der Sicherheit und der Abrüstung aus. Diese Fragen werden als innerlich zusammenhängend betrachtet. Bei der Ausarbeitung des den Verhandlungen zugrunde liegenden Projektes hat Benesch versucht, ein System festzustellen, das nach Möglichkeit allen Meinungsverschiedenheiten Rechnung trägt und somit ein Kompromiß darstellt. Die Besprechung des Projekts in der Unterkommission habe gute Fortschritte gemacht, und die Mitglieder seien mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden. Was die Schiedsgerichtsfrage betrifft, so bilde diese zunächst den Gegenstand der Verhandlungen der ersten Kommission, deren Ergebnis abgewartet werden müsse. Wenn dieses Ergebnis vorliege, werde es in den Zusammenhang des Gesamtprojektes eingefügt werden. Der zweite Teil des Projektes behandelt die Sanktionen. Sie sind in mehreren Artikeln zusammengefaßt. Es ist dabei im Auge behalten worden, daß die verschiedenen Arten der Sanktion dem Völkerbundspakt entsprechen müssen und die Souveränität des durch die Sanktionen betroffenen Staates nicht berühren. Es ist ferner vorgesehen, daß die verschiedenen Länder Vorschläge machen können, welche Kräfte sie gegen den Angreifer zur Verfügung stellen wollen. Der letzte Teil des Projektes betrifft die Abrüstungskonferenz. Man habe über die Art und Weise ihrer Einberufung und ihrer Organisation beraten. Gemäß dem Völkerbundspakt werde es die Aufgabe des Völkerbundsrates sein müssen, die Vorbereitungen für die Konferenz zu treffen. Ueber das mutmaßliche Ergebnis der Beratungen der Unterkommissionen bemerkte Benesch, daß keine beträchtlichen Differenzen beständen. Der Zweck der Beratungen sei gewesen, die verschiedenen grundsätzlichen Fragen soweit als möglich zu fördern, und man sei mit dem Erfolg zufrieden.

London, 17. September.

Ein Exchange-Telegramm teilt dem „Manchester Guardian“ mit, daß die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund ernsthaft diskutiert werden soll, und daß Dr. Stresemann in den nächsten Tagen als deutscher Beobachter nach Genf gehen werde. — MacDonald hat heute Lossingmouth verlassen, um sich mit dem Daimler-Auto, das ihm Sir Alexander Grant geschenkt hat, nach London zu begeben. Er wird zu dieser Reise durch ganz England vier Tage brauchen.